

PRESS REVIEW

Daniel Barenboim Stiftung
Barenboim-Said Akademie & Pierre Boulez Saal

Thursday, December 10, 2020



West-Eastern
Divan Orchestra



BARENBOIM-SAID
AKADEMIE



PIERRE BOULEZ
SAAL

Der Tagesspiegel, [DIVAN](#), [DB](#)

Beethoven wird länger gefeiert. Digitale Konzerte zum 250. Geburtstag

Der Tagesspiegel

Anne-Sophie Mutter spielt Benefiz im Berlin Dom

Süddeutsche Zeitung

Hamburgs Kultursenator Carsten Broda ist ein Mann, dem die Künstler vertrauen- auch als Präsident des Deutschen Bühnenvereins

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Merkel warnt vor den Risiken zu vieler Kontakte vor Weihnachten

Berliner Morgenpost

Die erste schwarze Tänzerin des Staatsballetts wehrt sich gegen diskriminierende Bemerkungen. Der Fall löst Diskussionen über das postkoloniale Erbe im Ballett aus

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Handschriften von Jean Sibelius

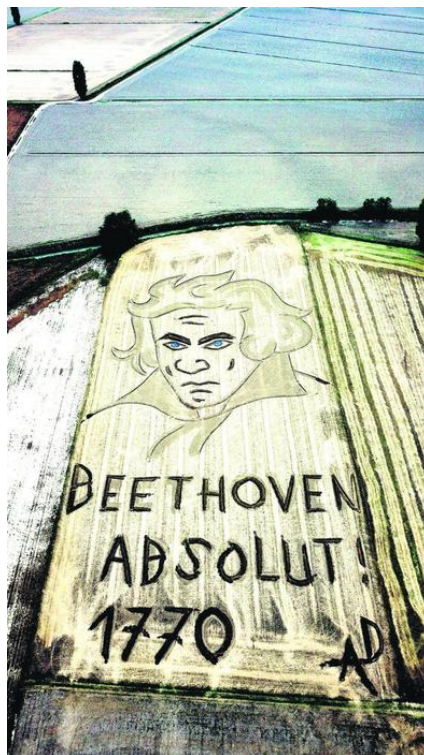
Frankfurter Allgemeine Zeitung

Gehaltskürzung in New York

Donnerstag, 10.12.2020, Tagesspiegel / Kultur

Beethoven wird länger gefeiert

Digitale Konzerte zum 250. Geburtstag

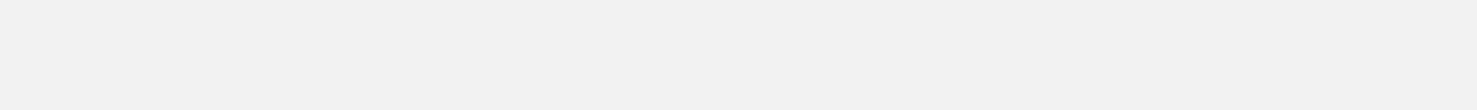


Der 250. Geburtstag Ludwig van Beovens wird am 16. und 17. Dezember mit einem umfangreichen digitalen Konzertprogramm gefeiert. Wie die Beethoven Jubiläums Gesellschaft mitteilte, soll am mutmaßlichen Geburtstag Beovens, dem 16. Dezember, eine achtstündige Beethoven-Nacht per Livestream und im Rundfunk übertragen werden. In der von Susan Link moderierten Veranstaltung werden neben dem Beethoven Orchester Bonn unter der Leitung von Dirk Kaftan zahlreiche freischaffende Künstler auftreten. Zu hören und zu sehen sein werden unter anderem der Geiger Daniel Hope, die Sängerin Joy Denalane, die Kabarettistin Sarah Bosetti und der Jazzpianist Marcus Schinkel. Dabei soll auch ein Stück von Quincy Jones mit dem Titel „Ode to Joy“ uraufgeführt werden.

Am 17. Dezember, dem Taufstag des Komponisten, spielen **Daniel Barenboim** und das **West-Eastern Divan Orchestra** Beovens drittes Klavierkonzert sowie seine fünfte Sinfonie, die „Schicksalssinfonie“. Im Rahmen der Veranstaltung wird Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier eine Festrede halten. Zuvor wird am Nachmittag ein ökumenischer Gottesdienst aus der Bonner St. Remigius-Kirche, in der Beethoven getauft wurde, auf der Website der Jubiläums Gesellschaft gestreamt. Das Konzert mit Barenboim wird außerdem auf 3Sat, im WDR-Fernsehen und im Radio übertragen.

Wegen der Corona-Einschränkungen wurde das Bonner Festprogramm zu Beovens 250. Geburtstag ins nächste Jahr verlängert. Ursprünglich sollte es am 17. Dezember enden, viele

geplante Veranstaltungen wären ausgefallen. „Durch die Verlängerung um weitere 250 Tage im neuem Jahr wollen wir möglichst vielen Künstlerinnen und Künstlern die Chance geben, ihre zunächst abgesagten Konzerte und Projekte doch noch zu verwirklichen“, sagt der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Beethoven Jubiläums GmbH, Günter Winands. Tsp/epd/dpa



Donnerstag, 10.12.2020, Tagesspiegel / Kultur

NACHRICHTEN

Anne-Sophie Mutter spielt

Benefiz im Berlin Dom

Bei der Vesper am 12. Dezember um 18 Uhr wird die Geigerin Anne-Sophie Mutter zusammen mit weiteren Interpreten auftreten. Sie will damit Spenden für den Nothilfefonds der Deutschen Orchesterstiftung sammeln, der freiberuflichen Musikerinnen und Musikern zugutekommt. Teilnahme ist nur mit Anmeldung möglich. Am Freitag ab 9 Uhr kann man sich um die 176 Plätze bewerben, die derzeit im Dom zur Verfügung stehen. Die Mailadresse lautet anmeldung-anne-sophie-mutter@berlinerdom.de. Tsp

Einer, der „wir“ sagt

Hamburgs Kultursenator Carsten Brosda ist ein Mann, dem die Künstler vertrauen – auch als Präsident des Deutschen Bühnenvereins

Wenn Carsten Brosda über „seine“ Partei spricht, gewinnt man fast den Eindruck, die SPD habe ein sozialdemokratisches Profil. Die Partei, die er meint, fühlt sich für die gesamte Gesellschaft verantwortlich und will, „dass es um Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität geht“. Sie möchte helfen, dass auch jene, „die nicht mit dem goldenen Löffel im Mund geboren sind, ihre Teilhabeoption ausleben können“. Das, was er das „sozialdemokratische Narrativ“ nennt, hält der Hamburger Kultursenator für die stärkste politische Story, die man haben kann. „Man muss es nur ernst meinen.“

Diesen Ernst vorleben kann der 46-Jährige jetzt auch außerhalb seines glücklichen kleinen Stadtstaats, wo trotz Corona der Kulturretat für die nächsten zwei Jahre deutlich erhöht wird und den meisten Kulturschaffenden in der verordneten Arbeitslosigkeit tatsächlich halbwegs schnell und unkompliziert geholfen wurde. Brosda ist seit Kurzem Präsident des Deutschen Bühnenvereins, des Interessen- und Arbeitgeberverbands der Theater und Orchester. Dem stehen nicht nur durch die Pandemie ein paar fundamentale Probleme ins Haus, die viel mit „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ zu tun haben – und relativ wenig mit Kunst.

Die drei wichtigsten sind: Fortbestand und finanzielle Perspektive der Bühnen nach Ende der aktuellen Krise; Teilhabe und Sichtbarkeit der gesamten Gesellschaft im Theater und dem Orchestergraben; sowie das drängendste Problem unserer Zeit, um das sich die Theater als Institutionen sowie der Bühnenverein als ihr Verband bisher eher herumdrückten – der Umbau auch dieses Teilbereichs der Gesellschaft zu umwelt- und ressourcenschonenden Betrieben mit dem Ziel, klimaneutral zu werden. Carsten Brosda will das alles sehr ernst angehen, in dieser Reihenfolge.

Dabei ist der 1974 in Gelsenkirchen geborene Schalke-Fan trotz seiner auffälligen Körpergröße nicht unbedingt der Typ, dem man gleich die Meisterschaft im Problemlösen zutraut. Ein Hauch von Schüchternheit umweht ihn auch nach mehrjähriger Erfahrung im Amt des Kultursenators. Er hat es von der 2016 nach schwerer Krankheit verstorbenen Barbara Kisseler erst kommissarisch und 2017 auch berufen übernommen. Brosda besitzt eine freundliche Ausstrahlung, in der das Resolute eher erahnt werden muss. Kommt er bei einer Veranstaltung an, fehlt im das „Hopplahier-komm-ich!“, das viele Politiker pflegen. Carsten Brosdas Ausstrahlung ist dezent, freundlich, unaufdringlich. Er wirkt wie einer, der lieber am Rand steht und anderen zuschaut, die performen. Bis er sprechen darf.

Dann blüht der Mann auf. Da wird kein Bogen um das Entschiedene gemacht, sich stets positioniert. Die Sprachstile wechseln je nach Thema zwischen technokratischer Gewissheit, eingestreuten Aristoteles-Zitaten, Erinnerungen an Bernd-Begemann-Konzerte in Gelsenkirchen und moralischen Grundsätzen. Sein Lieblingsausdruck, wenn er über den richtigen Weg spricht, um Ziele zu erreichen, ist: „mit Verve“. Und weil er anscheinend auch in politischen Konfliktsituationen mit Verve auftritt, erreicht Carsten Brosda Ziele und ist entsprechend beliebt.

Der Pianist Igor Levit lobte Brosdas Einsatz für die finanzielle Unterstützung der Kultur in der Corona-Krise kürzlich als „vorbildlich“. Die Schauspielerin Johanna Wokalek pries die Solidarität, die Brosda auch für „Nischenorte und freiberufliche Künstler“ zeige. Der Sänger der Sterne, Frank Spilker, erklärte, Brosda sei der erste Kultursenator überhaupt, der die Popszene versteht. Und als vor der Bürgerschaftswahl Anfang des Seuchenjahrs viele mit einem Erdrutschsieg der Grünen in Hamburg rechneten, der den Sozi Brosda das Amt hätte kosten können, versammelten sich die Intendanten der Stadt von Kampnagel bis Elbphilharmonie zu einem Appell: „Brosda muss bleiben!“

So viel Lob will verdient sein, unter anderem durch die Kombination aus festen Prinzipien und Uneitelkeit. Die hat sich Brosda nach einem Journalismusstudium als Redenschreiber für Franz Müntefering und Olaf Scholz in der Berliner SPD-Zentrale antrainiert, wo er oft kaum etwas von seinen Manuskripten im Vortrag wiederhörte, seine Befriedigung aber darin fand, „die langfristigen Narrative, den Storybogen, den wir erzählen“, in kleinen Dosen unterzubringen. Solche inhaltlichen Perspektiven verfolgt Brosda seither auf lokaler wie nationaler Ebene konsequent wei-

ter, sei es in seinem engagierten Einsatz für die Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte, für die Relevanz von Pop als Kulturform oder die Teilhabe-Optionen derer, die mit dem Plastiklöffel im Mund geboren wurden.

Als Präsident des Deutschen Bühnenvereins spricht er nun viel von der bedrohten „Relevanz“ des Kulturbereichs, wie sie sich exemplarisch in der Formulierung des ersten Regierungsbeschlusses zum herbstlichen Teil-Lockdown erkennen ließ. Die Bezeichnung der Kultur als „Freizeitbranche“ und die Gleichstellung mit Fitnessstudios, Daddellhallen und Erotikbetrieben hat auch Brosda wie alle Kulturschaffenden als niederschmetternd empfunden. „Bei einigen politischen Entscheidungsträgern hält sich das Vorurteil hartnäckig, dass wir nur wenige Elitäre sind, um die man sich nicht kümmern muss“, sagt Brosda.

Das „wir“ in dem Satz zeigt klar, wo sich Carsten Brosda selbst verortet. Deswegen hat er auch mit Verve Einfluss genommen, dass im neuen Infektionsschutzgesetz zu lesen steht: „Bei Untersagungen oder Beschränkungen im Bereich der Kultur muss der Bedeutung der Kunstfreiheit ausreichend Rechnung getragen werden.“ Das war „ein ordentlicher Kampf den Hügel rauf“, wie Brosda grimmig erklärt. Er hat in den vergangenen Jahren bereits auf Bundesebene in verschiedenen Bereichen Verantwortung übernommen: von der Schaffung und Leitung einer Bundeskulturministerkonferenz über die Teilnahme an der Reformkommission der Stiftung Preußischer Kulturbesitz bis hin zur Formulierung des neuen Medienstaatsvertrags, denn der verhinderte Journalist ist als Senator auch für Medien zuständig.

Um die gesellschaftliche Relevanz der Kultur nicht nur zu behaupten, sondern auch erlebbar zu machen, fordert der Nachfolger von Ulrich Khuon im Ehrenamt des Bühnenpräsidenten von den Theatern eine stärkere Öffnung und größere „Verankerung“ in der Gesellschaft. „Spiegeln Theater wirklich die Repräsentationbedürfnisse einer vielfältiger werdenden Gesellschaft wider?“, fragt Brosda in Richtung seines neuen Vereins. Nicht ohne gleichzeitig zu relativieren, dass viele der aktuellen Diskurse über Sichtbarkeit gesellschaftlicher Minderheiten auf dem Theater auch in Sackgassen führen können.

„Theater lebt mehr als alle anderen Kulturformen davon, dass man sich Charakteristika aneignet, die man nicht selbst besitzt. Das gerät dauernd in fundamentalen Widerspruch zu einem der Kernpunkte der Identitätspolitik, die besagt: Ich muss selber repräsentieren dürfen, was mich ausmacht.“ Die notwendige Diskussion, die gerade viele Theater und Festivals unter gehörigen Legitimationsdruck setzt, was die gerechte Teilhabe von Frauen, aber auch von Gruppen unterschiedlichster Identitätsbeschreibung von Afropäerinnen bis Transgender-Menschen betrifft, werde im Moment noch zu verdruckst geführt, so Brosda. Häufig gewinne man den Eindruck, dass „die Bedeutung des Sich-Einfühlens im Theater keine legitime Position mehr sei“.

Solch kritische Anmerkungen zu einer komplizierten und emotional geführten Debatte, wie das neu gemischte Theater der Zukunft auszusehen habe, entwickelt Carsten Brosda aber immer aus einem Bekenntnis zur Vielfalt. Die Öffnung von Kulturinstitutionen für eine veränderte Stadtgesellschaft ist sein ständig vorgetragenes Credo sozialdemokratischer Kulturpolitik. Und natürlich auch die Vielfalt der Institutionen, die akut bedroht ist durch die Corona-Schuldenlage etlicher Städte, die zu drastischen Kürzungen führen kann, wie etwa in München.

Mit seinem Ex-Chef, Finanzminister Olaf Scholz, plädiert Brosda für einen kommunalen Altschuldenfonds und solidarische Länderhilfen, um Kommunen zu entschulden. Erst wenn Städte wieder „atmen“ und gestalten können, gebe es Spielraum für eine aktive Kulturpolitik für alle. Und die wünscht sich der Kulturpolitiker mit der Schalke-Bibel im Regal aus genauso tiefer Überzeugung wie den Wiederaufstieg der SPD zur Volkspartei. Denn für den Sterne-Fan aus dem Ruhrpott hat sich die Liebe zur Partei niemals verbraucht. „Es galt immer: die oder keine“, sagt Carsten Brosda. Mit Verve, versteht sich. Till Briegleb

Merkel warnt vor den Risiken zu vieler Kontakte vor Weihnachten

„590 Corona-Tote an einem Tag sind nicht akzeptabel“/Kostenlose Masken für Ältere

Lt./oll. BERLIN. Deutschland steuert spätestens in der Zeit zwischen den Jahren auf schärfere Kontaktbeschränkungen und weitere Einschränkungen im Einzelhandel zu. Bundeskanzlerin Angela Merkel warb in ihrer Haushaltsrede am Mittwoch im Bundestag für neue gemeinsame Anstrengungen. Sie nannte die Zahl von 590 Corona-Todesfällen binnen eines Tages, die am Mittwoch gemeldet worden war, „nicht akzeptabel“. Merkel sagte, sie teile die jüngsten Empfehlungen der Wissenschaftsakademie Leopoldina, und deutete an, es werde in einer neuen Beratungsrunde mit den Ministerpräsidenten wohl dazu kommen, dass von Weihnachten bis zum 10. Januar der Einzelhandel weitgehend geschlossen werde, auch die Schulferien könnten bis zu diesem Datum verlängert werden. Außerdem regte sie an, Wege zu finden, den Präsenzunterricht in den Schulen schon vor dem 19. Dezember einzustellen.

Die Kanzlerin warnte: „Wenn wir jetzt vor Weihnachten zu viele Kontakte haben und es anschließend das letzte Weihnachten mit den Großeltern war, dann werden wir etwas versäumt haben.“ Die Impfungen gegen das Virus symbolisierten zwar Licht am Ende des Tunnels, doch werde es im ersten Vierteljahr des nächsten Jahres noch nicht so viele geben, dass eine signifikante Änderung der Lage bewirkt werde.

Redner der Koalitionsparteien, aber auch von FDP und Grünen hießen die Aussicht auf neue Einschränkungen grundsätzlich gut. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Christian Lindner und die Grünen-Vorsitzende Annalena Baerbock kritisierten aber, die Regierung lasse es an Kalkulierbarkeit und langfristiger Planung fehlen, außerdem sei Vorbereitungszeit nicht genutzt worden. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) pflichtete der Forderung der Kanzlerin ausdrücklich bei, die Einzelhandelsgeschäfte nach Weihnachten zu schließen. Noch vor Weihnachten können sich ältere und vorerkrankte Bürger in der Apotheke drei FFP2-Schutzmasken abholen, mit Gutscheinen von den Krankenkassen soll es 2021 sechs weitere geben. Für die ersten drei Masken genügt der Personalausweis oder eine Eigenauskunft, sagte Spahn am Mittwoch.

In Großbritannien, wo am Dienstag mit Impfungen begonnen worden ist, riefen die Behörden Menschen mit einer „signifikanten“ Allergiegeschichte dazu auf, sich vorerst nicht impfen zu lassen. Zwei Mitarbeiter des nationalen Gesundheitsdiensts NHS mit einer entsprechenden Vorgeschichte hätten nach der Impfung eine allergische Reaktion gezeigt, sagte NHS-Chef Stephen Powis am Mittwoch. Nach Großbritannien hat am Mittwoch als zweites Land Kanada den von Pfizer und Biontech entwickelten Corona-Impfstoff zugelassen. (Siehe Seiten 2, 4 und 10 sowie Wirtschaft, Seite 17.)

Weiße Schwäne auf dem Prüfstand

Die erste schwarze Tänzerin des Staatsballetts wehrt sich gegen diskriminierende Bemerkungen. Der Fall löst Diskussionen über das postkoloniale Erbe im Ballett aus



Chloé Lopes Gomes als siebte Tänzerin von links in Berlins „Schwanensee“. Sie protestierte gegenüber der Ballettmeisterin über die Art des Schminkens. Foto: Yan Revazov

Volker Blech

Es gibt eine Entschuldigung auf der Homepage des Staatsballetts Berlin. Das beschäftigte „derzeit 91 Tänzer*innen aus über 30 Nationen“ beginnt das Statement. „Wir als Compagnie waren deshalb der Überzeugung, internationale Diversität sensibilisiere uns bereits ausreichend für Rassismus- und Diskriminierungsproblematiken. Genau da lagen wir falsch!“ Es folgt die Aussage, dass struktureller Rassismus ein Problem unserer Gesellschaft sei. „Als staatliche Institution sind wir nicht davor gefeit. Die rassistischen und Diskriminierungsvorfälle an unserem Haus, die in den letzten Tagen ans Licht kamen, haben viele von uns sehr getroffen und gezeigt, dass an den nötigen Kompetenzen, um mit Diskriminierung jeglicher Form entsprechend umgehen zu können, hart gearbeitet werden muss.“

Die Vorfälle sind komplexer, als es zunächst scheint

Tiefgreifende Veränderungen sollen in Gang gebracht werden. Das Seltsame an dieser Erklärung ist, dass der Besucher der Homepage gar nicht erfährt, auf welche Art Diskriminierung damit reagiert wird. Tatsächlich ist der öffentlich bekannt gewordene Fall auch viel komplexer, als es auf den ersten Blick scheint. Er betrifft rassistische Bemerkungen gegenüber einer schwarzen Ballerina, die tatsächlich gefallen sind und die es aufzuarbeiten gilt. Es geht aber auch um das strukturelle Versagen des schon nach kurzer Zeit gescheiterten Intendanten-Duos Johannes Öhman und Sasha Waltz, das von der Berliner Kulturpolitik – trotz lauter Proteste der russisch geprägten Compagnie – eingesetzt worden war. Und der Vorgang berührt nicht zuletzt Fragen, die man bislang unter dem Begriff des rassistischen Blackfacing diskutiert. Beim Staatsballett muss man es jetzt besser Whitefacing nennen, denn ein Vorwurf betrifft die weißen Schwäne in Tschaikowskis „Schwanensee“, für den alle Ballerinen einheitlich kostümiert und offenbar einheitlich geschminkt wurden.

Öffentlich gemacht wurden die Missstände durch die Französin Chloé Lopes Gomes, die Johannes Öhman 2018 als erste schwarze Tänzerin in die Berliner Compagnie verpflichtet hatte. Die Ballerina ist in Nizza geboren, erhielt ihre Ausbildung in Marseille und an der Bolshoi Ballet Academy. Zuletzt tanzte sie beim Béjart Ballet. In Berlin sah sie sich bald schon diskriminierenden Bemerkungen einer Ballettmeisterin ausgesetzt. Die Ballettmeisterin, die anonym bleiben möchte, habe sich in der Zwischenzeit bei der Tänzerin entschuldigt, heißt es. Demnach sei ihr das Ausmaß der Verletzung gar nicht bewusst gewesen. Hier kommt als Beispiel auch die „Schwanensee“-Tradition ins Spiel.

Es ist den meisten jungen Tänzerinnen doch egal, ob ihre Haut vor der Vorstellung mit Nassschminke behandelt wird. Bei der schwarzen Ballerina hat es hingegen ungute Gefühle ausgelöst. Ihr Einwand, dass sie nie so weiß aussehen werde wie ihre Kolleginnen, wurde demnach von der Ballettmeisterin weggebügelt. Die Ballerina hatte sich damals hilfesuchend an Öhman gewandt, ein klärendes Gespräch mit der Ballettmeisterin wollte sie vorsichtshalber lieber nicht. Öhman hatte bei Amtsantritt bereits angekündigt, diese Art Schminkerei nicht mehr zuzulassen. In Skandinavien sind die Diskussionen darüber bereits weiter vorangeschritten als in Deutschland. In Berlin hatte Öhman offenbar zu wenig Problembewusstsein.

Dabei hatte die Berliner Kulturpolitik dem Intendanten-Duo quasi einen Blankoscheck ausgestellt. Das neue Konzept sah vor, eine Mischcompagnie für Klassisches und Modernes zu bilden, zusätzliche Tänzer wurden eingestellt. Es gab im Inneren Reibereien. Johannes Öhman trat überraschend schnell daheim in Stockholm die Position des Künstlerischen Leiters und Managing Directors am „Dansenhus“ an, die Berliner Tanzchoreografin Sasha Waltz hat daraufhin aufgegeben. Es war rückblickend ein Führungsdesaster. In dem ganzen Scherbenhaufen spielten übrigens die Ballettmeister eine wichtige Rolle, weil sie ganz pragmatisch die Compagnie bei der Stange hielten. Das Staatsballett ist traditionell der harten russischen Schule verpflichtet. Die hat ganz eigene Gepflogenheiten, was die visuelle Harmonie und Gleichförmigkeit des Spitzentanzes angeht.

Die Französin Chloé Lopes Gomes hat inzwischen, wie es in künstlerischen Institutionen gängig ist, ihre Nichtverlängerung mitgeteilt bekommen. Im Sommer 2021 ist Schluss für sie in Berlin. Sie ist an die Öffentlichkeit gegangen, vielleicht auch, weil ihre tänzerische Qualität damit infrage gestellt ist. Dem Fall haftet rundum etwas Tragisches an. Offenbar laufen verschiedene arbeitsrechtliche Vorgänge. Insgesamt wurden zwölf Verträge nicht verlängert.

Aufgerissen ist in Berlin jetzt das große Thema der künstlerischen Freiheit. Das klassische Ballett lebt auch vom postkolonialen Erbe. Tschaikowskis Märchenwelten – ob „Schwanensee“ oder „Nussknacker“ – sind voller politisch unkorrekter Fallstricke. Wir werden uns auf langwierige und teils unsinnige Debatten einstellen können.

Derweil betreibt das Staatsballett sein Krisenmanagement in der Übergangsphase. Die seit August amtierende Intendantin Christiane Theobald hat sich sofort nach Bekanntwerden an externe Beratungsstellen und die Kulturbehörde gewandt. Workshops und Seminare für Mitarbeiter sind angekündigt.

Handschriften von Jean Sibelius

Der Finnischen Nationalbibliothek Helsinki ist der Ankauf einer umfangreichen Sammlung handschriftlichen Materials von Jean Sibelius gelungen. Das Konvolut von ungefähr 1200 Seiten hatte sich lange im Besitz des Berliner Verlegers Robert Lienau befunden. Bei ihm waren die dritte Symphonie, das Violinkonzert, die symphonischen Dichtungen „Pohjolas Tochter“ und „Nächtlicher Ritt und Sonnenaufgang“, die Lieder op. 57 sowie das Streichquartett „Voces intimae“ des Komponisten erschienen. Das jetzt erworbene Material, das bereits 2016 in einer Versteigerung angeboten worden war, enthält die Autographe aller dieser Werke mit Ausnahme von „Pohjolas Tochter“. Enthalten ist außerdem die Dirigierpartitur für die zweite Fassung des Violinkonzerts, die 1905 durch Richard Strauss in Berlin uraufgeführt worden war. Sie enthält Bleistifteinträge von Strauss' Hand. Beim Arrangement der dritten Symphonie für Klavier zu vier Händen wird jetzt erkennbar, welche Teile von Sibelius und welche von dem in Russland lebenden Schweizer Komponisten Paul Juon stammen. Der Erwerb wurde von der Ella and Georg Ehrnrooth Foundation, der Louise and Göran Ehrnrooth Foundation und Elsa Fromond sowie drei weiteren Sponsoren finanziert. Über die Höhe der Kaufsumme ist nichts bekannt. jbm.

Gehaltskürzung in New York

Mit Einwilligung der eigenen Musiker wird das New York Philharmonic Orchestra in den kommenden vier Jahren die Gehälter seiner Mitglieder kürzen. Die Bezüge werden bis zum Geschäftsjahr 2023 auf 75 Prozent der Mindestvergütung reduziert. Danach halbjährlich auf achtzig, dann bis September 2024 auf neunzig Prozent angehoben. Die dadurch erzielte Einsparung von rund zwanzig Millionen Dollar war durch die Corona-Krise dringend nötig geworden. Rund zehn Millionen Dollar soll das Orchester an operativen Verlusten seit Beginn der Pandemie im März erlitten haben. Hinzu kommen 21 Millionen Dollar Einbußen durch die Absage der Saison 2020/21. Rund vierzig Prozent des Verwaltungspersonals wurden entlassen, den verbliebenen Mitarbeitern wurde das Gehalt gekürzt. F.A.Z.